



# Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

---

Kreistag

## Niederschrift

über die 1. außerordentliche öffentliche Sitzung des Kreistages am 31.05.2010 im  
Kreistagssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2, 14943  
Luckenwalde.

### Anwesend waren:

**amt. Vorsitzende des Kreistages**  
Frau Maritta Böttcher

**Landrat**  
Herr Peer Giesecke

**Kreistagsabgeordnete**  
Herr Hans-Jürgen Akuloff  
Frau Karola Andrae  
Herr Dr. Ralf von der Bank  
Herr Helmut Barthel  
Herr Michael Baumecker  
Frau Martina Borgwardt  
Herr Thomas Czesky  
Herr Helmut Dornbusch  
Herr Peter Dunkel  
Herr Danny Eichelbaum  
Herr Erich Ertl  
Herr Dr. Manfred Georgi  
Frau Katja Grassmann  
Herr Dr. Rudolf Haase  
Herr Bernd Habermann  
Frau Carola Hartfelder  
Herr Detlev von der Heide  
Herr Günter Henkel  
Herr Dirk Hohlfeld  
Herr Klaus Hubrig  
Frau Heide Igel  
Herr Dr. Gerhard Kalinka  
Herr Wilfried Käthe  
Frau Gertrud Klatt  
Herr Falk Kubitzka  
Herr Hermann Kühnapfel  
Frau Heike Kühne  
Herr Lutz Lehmann

bis 18 Uhr (TOP 5)

Frau Christin Menzel ab 17.20 Uhr (TOP 4)

Herr Lutz Möbus

Herr Matthias-Eberhard Nerlich

Herr Andreas Noack

Frau Angelika Österreicher

Frau Dr. Irene Pacholik

Herr Frank Priefert

ab 17.35 Uhr (TOP 4)

Herr Manfred Radan

Frau Bärbel Redhammer-Raback

Herr Helmut Scheibe

Frau Gabriele Schröder

Herr Wilhelm Schröter

Frau Ria von Schrötter

Herr Christoph Schulze

Herr Dr. Günter Stirnal

Herr Felix Thier

Herr Holger Vogt

Frau Kornelia Wehlan

Herr Michael Wolny

### **Verwaltung**

Frau Kirsten Gurske

Herr Detlef Gärtner

Herr Holger Lademann

Herr Dieter Albrecht

Herr Horst Bührendt

Erste Beigeordnete und Dezernentin II

Beigeordneter und Dezernent IV

Beigeordneter und Dezernent III

Dezernent I

Dezernent V

### **Entschuldigt fehlten:**

Herr Bernd Heimberger

Frau Evelin Kierschk

Herr Andreas Krüger

Frau Bärbel Laue

Herr Fritz Lindner

Herr Dr. Rainer Reinecke

Frau Gertraud Rocher

Herr Roland Scharp

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:20 Uhr

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- |   |  |                |
|---|--|----------------|
| 1 | Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit  |                |
| 2 | Mitteilungen des Vorsitzenden  |                |
| 3 | Antrag der CDU-Kreistagsfraktion TF zur Vorlage der Eröffnungsbilanz   | 4-0608/10-KT   |
| 4 | Antrag der Fraktionen SPD/Grüne, FDP/BV, DIE LINKE. – Die Zukunft und Handlungsfähigkeit des Landkreises dauerhaft sichern – | 4-0619/10-KT   |
| 5 | Antrag der Fraktionen SPD/Grüne, FDP/BV, DIE LINKE. – Politik mit Augenmaß   | 4-0618/10-KT   |
| 6 | Haushaltssicherungskonzept 2010  | 4-0538/10-I    |
| 7 | Haushaltssatzung 2010  | 4-0539/10-I    |
| 8 | Jugendförderplan 2010 des Landkreises Teltow-Fläming   | 4-0558/10-II-1 |

### Öffentlicher Teil

#### TOP 1

#### **Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die amtierende Vorsitzende des Kreistages Frau Abg. Böttcher begrüßt die Abgeordneten und Gäste und stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Sie bittet die Abgeordneten um ihre Zustimmung für Filmaufnahmen des teltOwkanals. Die Filmaufnahmen werden aufgrund einer Nein-Stimme nicht zugelassen

Frau Abg. Böttcher gibt bekannt, dass zusätzlich zur Tagesordnung der Dringlichkeitsantrag 4-0608/10-KT der CDU-Kreistagsfraktion zur Vorlage der Eröffnungsbilanz auf den Tischen liegt. Sie schlägt vor, den Antrag nach dem TOP 2 zu behandeln.

**Die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages 4-0608/10-KT in die Tagesordnung wird bei 1 Nein-Stimme und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich beschlossen.**

Sie verweist weiterhin darauf, dass zusätzlich zur Tagesordnung der Dringlichkeitsantrag der Kooperationsfraktionen „Die Zukunft und Handlungsfähigkeit des Landkreises dauerhaft sichern – Haushaltskonsolidierung – eine Aufgabe für alle“ auf den Tischen liegt und schlägt vor, diesen Antrag nach dem Dringlichkeitsantrag der CDU als TOP 4 zu behandeln.

**Die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages der Kooperationsfraktionen „Die Zukunft und Handlungsfähigkeit des Landkreises dauerhaft sichern – Haushaltskonsolidierung – eine Aufgabe für alle“ in die Tagesordnung wird bei 2 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich beschlossen.**

Frau Abg. Böttcher informiert, dass zusätzlich zur Tagesordnung der Dringlichkeitsantrag der Kooperationsfraktionen „Politik mit Augenmaß auf den Tischen liegt. Sie schlägt vor, den Antrag als TOP 5 in die Tagesordnung aufzunehmen.

**Die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages der Kooperationsfraktionen „Politik mit Augenmaß“ in die Tagesordnung wird bei 2 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich beschlossen.**

**Die Abgeordneten stimmen bei 1 Stimmenthaltung einstimmig der geänderten Tagesordnung zu.**

## **TOP 2**

### **Mitteilungen des Vorsitzenden**

Frau Abg. Böttcher gratuliert dem Landrat Herrn Giesecke zu seinem 20-jährigen Dienstjubiläum als Landrat.

Herr Abg. Schulze gratuliert im Namen der Fraktion SPD/Grüne dem Landrat sowie den Abgeordneten Frau Böttcher, Frau Igel und Herrn Akuloff für ihre 20-jährige Tätigkeit als Mitglieder des Kreistages.

Frau Abg. Böttcher macht zu Beginn der Sitzung nochmals deutlich, dass alle Anträge von Abgeordneten und Fraktionen an den Kreistag im Büro des Kreistages einzureichen sind.

Sie informiert über die Bildung einer neuen Fraktion im Kreistag. Vorsitzender der Vereinten Fraktion VF ist Herr Andreas Noack. Weiterhin gehören der Fraktion als stellvertretender Vorsitzender Herr Erich Ertl und als Mitglieder Herr Wilfried Käthe und Herr Bernd Heimberger an.

Frau Abg. Böttcher gibt bekannt, dass fünf Bürger und Initiativen von der Bundesregierung für ihre herausragende Zivilcourage als „Botschafter für Demokratie und Toleranz“ ausgezeichnet wurden. Zu den jeweils mit 5000 € gewürdigten Preisträgern gehört auch die Bürgerinitiative "Zossen zeigt Gesicht". Frau Abg. Böttcher gratuliert im Namen des Kreistages der Bürgerinitiative und wünscht viel Erfolg auf dem weiteren Weg.

## **TOP 3**

### **Antrag der CDU-Kreistagsfraktion TF zur Vorlage der Eröffnungsbilanz**

**( 4-0608/10-KT )**

Herr Abg. Eichelbaum begründet den vorliegenden Antrag und verweist auf die gesetzlichen Regelungen in der Kommunalverfassung zur Vorlage der Eröffnungsbilanz. Er macht deutlich, dass die Bilanz eine wichtige Entscheidungsgrundlage für die Abgeordneten zur Beschlussfassung über den Haushalt ist.

Herr Abg. Hohlfeld, Vorsitzender des HFA, verweist darauf, dass § 65 BbgKVerf die Voraussetzungen für die Beschlussfassung der Haushaltssatzung definiert. Die Bilanz gehört nicht dazu. Die Bilanz ist für das Eröffnungsjahr, jedoch nicht für weitere Jahre vorzulegen. Aus diesem Grund empfiehlt der HFA mit 6 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen dem Kreistag, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Herr Abg. Schulze macht deutlich, dass bei Beschluss des CDU-Antrages die heutige Sitzung des Kreistages beendet und zu einem späteren Zeitpunkt erneut einberufen werden muss. Er stellt dar, dass es unterschiedliche Rechtsauffassungen zur Vorlage der Eröffnungsbilanz gibt und die Fraktion SPD/Grüne die Auffassung der CDU nicht teilt. Aus diesem Grund liegt heute auch der Antrag der Kooperation „Politik mit Augenmaß“ vor.

Herr Abg. Kühnapfel bezieht sich ebenfalls auf die Kommunalverfassung, die eindeutige Regelungen im § 85 zur Vorlage der Eröffnungsbilanz enthält. Aufgrund dieser Vorschriften hätte der Kreistag die Bilanz im letzten Jahr beschließen müssen.

Herr Landrat Giesecke macht darauf aufmerksam, dass er als Landrat und die Verwaltung bisher nicht über die Eröffnungsbilanz verfügen, sondern nur das Rechnungsprüfungsamt. Dieses hat im HFA und im Rechnungsprüfungsausschuss die Eckwerte der Eröffnungsbilanz dargestellt. Er verweist darauf, dass es Pilotkommunen bei der Einführung der Doppik gab, die es auch nicht geschafft haben, mit dem ersten doppelischen Haushalt eine Eröffnungsbilanz vorzulegen. Nachdem die Prüfung der Bilanz im Rechnungsprüfungsamt, die drei bis vier Monate dauern soll, abgeschlossen ist, wird sie dem Kreistag sofort zugeleitet.

Herr Abg. Eichelbaum fragt, ob es ein Schreiben der Kreisverwaltung an das Innenministerium vom 22. März 2010 gibt, in dem bekannt gegeben wurde, dass die Eröffnungsbilanz bereits fertig gestellt ist.

Herr Landrat Giesecke merkt dazu an, dass in dem Schreiben garantiert nicht enthalten ist, dass die Bilanz geprüft ist.

Frau Abg. Wehlan appelliert an die CDU-Fraktion ihren Antrag zurückziehen, da die Situation klar ist. Es ist zur Kenntnis zu nehmen, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt die testierte Eröffnungsbilanz sowie der geprüfte Jahresabschluss zum ersten doppelischen Haushalt noch nicht vorliegen, es jedoch verlässliche Eckdaten zum Haushalt gibt. Sollte der Antrag der CDU aufrecht erhalten werden, muss er abgelehnt werden, da der Haushalt heute beschlossen werden soll.

Herr Abg. Eichelbaum verweist auf den Leitfaden zur Prüfung doppischer Haushalte des Innenministeriums, in dem enthalten ist, dass zum Zeitpunkt der Feststellung des Haushaltsplanentwurfes in der Gemeinde der vom Kämmerer aufgestellte Entwurf der Eröffnungsbilanz vorliegen muss. Im Punkt 6.8 des Leitfadens wird ausgesagt, dass auch für die Kommunalaufsichtsbehörde eine sachgerechte Beurteilung der haushaltswirtschaftlichen Situation und insbesondere eine Entscheidung über die Genehmigung genehmigungspflichtiger Bestandteile der Haushaltssatzung ohne entsprechende Information über die Daten der Eröffnungsbilanz nicht möglich. Er unterstreicht nochmals, dass die CDU heute darüber diskutieren will, wie die Vermögenslage und der Schuldenstand des Landkreises ist und dass ohne diese Informationen keine Entscheidung gefällt werden kann.

**Der Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion 4-0608/10-KT wird bei 33 Nein-Stimmen, 12 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.**

(Frau Abg. Menzel nimmt an der Sitzung teil.)

#### **TOP 4**

#### **Antrag der Fraktionen SPD/Grüne, FDP/BV, DIE LINKE. - Die Zukunft und Handlungsfähigkeit des Landkreises dauerhaft sichern - ( 4-0619/10-KT )**

Herr Abg. Hohlfeld gibt bekannt, dass der HFA dem Kreistag bei 6 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen empfiehlt, beide vorliegenden Dringlichkeitsanträge der Kooperationsfraktionen (TOP 4 und TOP 5) zu beschließen.

Herr Abg. Schulze begründet den Antrag. Er stellt dar, dass deutlich gemacht werden soll, dass sich der Kreistag mit der finanziellen Lage des Landkreises nicht abfinden will. Es soll ein klares Signal gesetzt werden, dass bis zum Jahr 2014 diese Probleme gelöst werden sollen. Zugleich soll die Forderung an Land und Bund aufgestellt werden, in ihrer Politik Veränderungen vorzunehmen.

(Herr Abg. Priefert nimmt an der Sitzung teil.)

Herr Abg. Kühnappel kann einem Antrag nicht zustimmen, der nur Absichtserklärungen enthält und mit dem genauen Wissen, dass keine Taten folgen, was angesichts des vorliegenden Haushaltssicherungskonzeptes (HASI) deutlich wird. Er macht darauf aufmerksam, dass im HFA am 25. Mai 2010 die Festlegung getroffen hat, anstelle der Bankrotterklärung im HASI Formulierungen und Ziele zu beschreiben, die wirkliche Bemühungen zur Entschuldung und Sanierung des Haushaltes beinhalten. Was jedoch jetzt mit dem HASI vorliegt ist, dass lediglich 0,5 Mio. € eingespart werden sollen. Das bedeutet, dass 8,8 Mio. € als Verlust bleiben. Der Kreis ist somit nicht gewillt zu konsolidieren und wird 2014/2015 nicht mehr handlungsfähig sein.

Herr Abg. Schulze macht deutlich, dass der Haushaltsplan eine Arbeitshypothese auf das Haushaltsjahr ist und alle voraussichtlich erkennbaren und notwendigen Ausgaben aufzunehmen hat. Jedoch muss nicht alles, was darin enthalten ist, auch realisiert werden. Die Wahrheit wird erst mit der Jahresrechnung 2010 kommen. Deshalb sollten in der Umsetzung des Haushaltes auch die Fraktionen des Kreistages mit dafür Sorge tragen, dass möglichst wenig Geld ausgegeben wird. Er appelliert nochmals an alle Abgeordneten, dem Antrag zuzustimmen.

#### **Der Kreistag beschließt:**

1. Der Kreistag Teltow-Fläming bekennt sich zu einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung und der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung. Der Kreistag wird seinen Beitrag für die Haushaltskonsolidierung leisten, um die Handlungsfähigkeit des Landkreises auch zukünftig zu sichern.
2. Der Kreistag sieht die Haushaltskonsolidierung als tagtägliche Aufgabe für den Landrat, die Dezernenten und Amtsleiter an. Ebenso sind die Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit Richtschnur für alle Mitarbeiter der Kreisverwaltung. Die Verwaltung ist aufgerufen und gefordert, die Haushaltsermächtigung des Jahres 2010 sparsam zu nutzen und alle Kraft darauf zu verwenden, die im Haushaltsplan ausgewiesenen Defizite durch eigenes Handeln zu reduzieren.

3. Der Kreistag Teltow-Fläming appelliert an den Landtag Brandenburg und die Landesregierung sowie an den Bundestag und die Bundesregierung, der kommunalen Finanzausstattung mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Die Tatsache der immer weiteren Verschuldung der Landkreise und kreisfreien Städte ist vordergründig kein hausgemachtes Problem. Hier wirkt das Missverhältnis von gesetzlichen Aufgaben und Vorschriften auf der einen und der nichtauskömmlichen Finanzierung durch Land und Bund auf der anderen Seite. Es geht uns deshalb um eine auskömmliche Aufgabenübertragung und Finanzausstattung von Land und Bund und darum, dass im Rahmen der Konnexität für übertragene Aufgaben an die Kreise auch die anfallenden Aufwendungen zu erstatten sind. Die fehlende Ausfinanzierung der Kindertagespflege und der Kosten der Unterkunft sind nicht länger hinzunehmen. Darüber hinaus ist endlich Ernst zu machen mit Entbürokratisierung, Verwaltungsmodernisierung und dem Abbau von Normen und Standards, die nicht mehr zeitgemäß sind und kommunalen Bedingungen zur Aufgabenerfüllung entgegen stehen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	12
Enthaltung:	1

#### **TOP 5**

**Antrag der Fraktionen SPD/Grüne, FDP/BV, DIE LINKE. - Politik mit Augenmaß  
( 4-0618/10-KT )**

#### **Der Kreistag beschließt:**

1. Der Kreistag nimmt die Meinung der CDU-Fraktion zum Thema Vorlage des Entwurfs der Eröffnungsbilanz zur Kenntnis.
2. Der Kreistag ist der Auffassung, dass das noch nicht Vorliegen der Eröffnungsbilanz kein Hinderungsgrund für die Beschlussfassung des Haushalts am 31. Mai 2010 ist.
3. Der Kreistag ist der Auffassung, dass die Gebietskörperschaft unabhängig vom Vorliegen der Eröffnungsbilanz einen beschlossenen Haushalt braucht, um handlungsfähig zu sein.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	12
Enthaltung:	1

(Herr Abg. Dunkel verlässt die Sitzung.)

Herr Abg. Hohlfeld, Vorsitzender des HFA, erinnert nochmals an die Beschlüsse des Kreistages zum Bau des Kreishauses und zur Mitfinanzierung des vierspurigen Ausbaus der B 101n, die bis heute finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt haben. Jährlich wird der Kreishaushalt mit ca. 3 Mio. € für das Kreishaus und ca. 500 T€ für die vierte Spur der B 101n belastet. Das zeigt, dass ein großer Teil der Ausgaben durch den Kreistag selbst gewollt ist.

Herr Abg. Hohlfeld führt aus, dass die Ausschüsse des Kreistages den Darlegungen der Fachbereiche zum Haushalt gefolgt sind und Zustimmung zum Haushalt signalisiert haben. Des Weiteren informiert er über die Beratungsschwerpunkte zum Haushalt sowie über die Festlegungen zur Überarbeitung des HASI, die im HFA getroffen wurden.

Herr Abg. Hohlfeld gibt bekannt, dass heute zwei Änderungsanträge der Kooperationsfraktionen sowie der CDU-Fraktion zum HASI im HFA zur Diskussion standen.

**Im Ergebnis der Diskussion im HFA wurde die Festlegung getroffen, in den Änderungsantrag der Kooperationsfraktionen sowie in den Änderungsantrag der CDU-Fraktion folgenden Wortlaut zusätzlich einzufügen:**

1. Überprüfung und mögliche Reduzierung der Verlustausgleichszahlungen für die kreiseigenen Gesellschaften SWFG und Flughafengesellschaft Schönhagen auf max. 1,0 Mio. € p. A. Hierzu werden Sanierungspläne erarbeitet und dem Kreistag in 2010 vorgelegt.
2. Überprüfung aller freiwilligen Leistungen auf Einsparungen ohne Leistungseinbußen.

**Herr Abg. Hohlfeld gibt bekannt, dass der HFA mit 6 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen dem Änderungsantrag der Kooperationsfraktionen zugestimmt und den Änderungsantrag der CDU-Fraktion mit 6 Nein-Stimmen und 2 Ja-Stimmen abgelehnt hat.**

Zur Haushaltssatzung, einschließlich der übergebenen Austauschseiten, hat der HFA Zustimmung signalisiert.

Herr Abg. Eichelbaum, Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion TF, kritisiert es als blauäugig, besorgniserregend und risikobehaftet, dass der Landkreis bis zum Jahre 2012 mit relativ stabilen Schlüsselzuweisungen und einer konstanten Höhe der Kreisumlage rechnet. Die CDU-Fraktion vertritt die Auffassung, dass der Landkreis zunächst seine eigenen Hausaufgaben machen muss. Er weist darauf hin, dass die finanzielle Misere nicht erst mit der Wirtschaftskrise entstanden ist, sondern aufgrund von Fehlentwicklungen, deren Ursachen im Landkreis zu suchen sind. Seit dem Jahr 2001 hat der Landkreis TF den höchsten Schuldenstand aller brandenburgischen Landkreise. Er macht darauf aufmerksam, dass die dauerhafte Leistungsfähigkeit des Landkreises letztmalig 1996 gegeben war.

Herr Abg. Eichelbaum macht auf die kritische Situation der SWFG aufmerksam, die seiner Meinung nach stark insolvenzgefährdet ist. Er verweist auf einen Prüfbericht des Kommunalen Prüfungsamtes vom 27. April 2010, der nicht dem Rechnungsprüfungsausschuss und dem Kreistag vorgelegt wurde. In diesem ist angeführt, dass die SWFG ein ganz erhebliches Risikopotenzial in sich birgt, welches gravierende Auswirkungen auf die Haushalts- und Finanzlage des Kreises hat. Er betont, dass die CDU-Fraktion kein Interesse an einer Insolvenz der SWFG hat, da dann sämtliche finanziellen Mittel des Landkreises verloren gehen. Die CDU-Fraktion fordert den Landrat auf, die SWFG zur Chefsache zu machen und endlich zu handeln.

Des Weiteren führt er an, dass im Aufsichtsrat der SWFG mehr juristischer und wirtschaftlicher Sachverstand, so wie die Kommunalverfassung es ausdrücklich vorsieht, benötigt wird.

Herr Abg. Eichelbaum verweist darauf, dass mit den Schulden der SWFG der Schuldenberg des Kreises in wenigen Jahren 60 Mio. € betragen wird und ein Gesamtdefizit von 74 Mio. € hinzukommt. Das Gebot der Stunde kann deshalb nur „sparen“ und „Transparenz“ lauten.

Er kritisiert, dass im Haushaltssicherungskonzept kein Konsolidierungswille erkennbar ist und jede Entschlossenheit zur Korrektur sowie zu eigenen Sparanstrengungen fehlt.

Aus diesen Gründen wird die Fraktion das Haushaltssicherungskonzept und den Haushalt ablehnen und **beantragt für beide Beschlussfassungen namentliche Abstimmung.**

Herr Abg. Schulze, Vorsitzender der Fraktion SPD/Grüne, fragt sich, woher Herr Eichelbaum die genannten Zahlen nimmt. Er erinnert daran, dass etwa acht Landkreise, darunter alle CDU-Geführten, im vorletzten Jahr aus dem § 16 des Finanzausgleichsgesetzes Entschuldungshilfen bekommen haben. Der Landkreis Teltow-Fläming war nicht dabei, da die Haushaltslage im Vergleich zu allen anderen Landkreisen durchaus in Ordnung ist. Er stellt dar, dass der Landkreis ein Einnahmeproblem aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise hat und ein Ausgabeproblem, da die Kosten, die nicht beeinflusst werden können, stetig ansteigen. Er verdeutlicht das an Ausgaben im Kita-Bereich, die im Jahr 2004 ca. 7 Mio. € betragen und in diesem Jahr auf 12 Mio. € angewachsen sind. Auch bei der Grundsicherung gibt es dieses Einnahme- und Ausgabeproblem. Im Jahr 2004 betragen die Ausgaben 500 T€, in diesem Jahr sind es 5 Mio. €. Herr Abg. Schulze macht darauf aufmerksam, dass es bei der Überprüfung der freiwilligen Leistungen nicht zu solch großen finanziellen Einsparungen kommen kann, um die Kosten im Bereich Pflichtaufgaben damit zu reduzieren. Aus diesem Grund haben die Kooperationsfraktionen auch die vorgesehenen Einsparungen bei der Kreismusikschule, dem Schullandheim und der Kreisvolkshochschule gestrichen, da dies ihr politischer Wille ist.

Herr Abg. Schulze verweist darauf, dass dieser Haushalt nicht alternativlos ist. Er muss jedoch beschlossen werden, um handlungsfähig zu sein. Deshalb bittet er um Zustimmung zum HASI und zur Haushaltssatzung.

Frau Abg. Wehlan, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., bedankt sich bei den Kooperationspartnern dafür, dass in der schwierigen Phase der Haushaltssituation eine vertrauensvolle und sachgerechte Arbeit möglich war. Sie kritisiert, dass die CDU-Fraktion mit ihrem Änderungsvorschlag Globalvorschläge zur Ausgabenreduzierung gemacht und diese als zu erfüllenden Maßnahmenkatalog bis September dieses Jahres an die Verwaltung zurückgegeben hat. Das hat es in diesem Kreistag noch nie gegeben. Sie fordert die CDU-Fraktion auf zu sagen, wie sie die 2 Mio. € Minderausgaben bei Personal- und Verwaltungsaufgaben sowie die 3 Mio. € Absenkung der Gesamtfehlbeträge konkret untersetzen will.

Frau Abg. Wehlan weist auf drei grundlegende Schwerpunkte der Arbeit der Kooperationsfraktionen hin. Sie führt an, dass erstmalig verantwortliche Kreispolitik Einfluss auf die Umstrukturierung der SWFG und deren Konzentration auf für den Kreis wichtige Aufgabenfelder nimmt. Im Bereich Jugend und Soziales wird durch Aufgabenanalyse und ein geeignetes Berichtswesen das Fach- und Finanzcontrolling weiter ausgebaut und

stellenweise erstmalig in Angriff genommen. Darüber hinaus wird eine „Kahlschlagpolitik“ zur Streichung freiwilliger Leistungen nicht zugelassen.

Herr Abg. Nerlich, Vorsitzender der Fraktion FDP/BV, macht in seinen Ausführungen darauf aufmerksam, dass es Einigkeit in der Fraktion bei der Frage gibt, dass die kreiseigenen Gesellschaften auf den Prüfstand kommen müssen ebenso wie die Beteiligung des Kreises an anderen Gesellschaften. Er verweist darauf, dass die Fraktion der Haushaltssatzung und dem Haushaltssicherungskonzept zustimmt, jedoch gleichzeitig von der Verwaltung einen erkennbaren sparsamen Umgang mit den Haushaltsmitteln fordert.

Herr Abg. Noack, Vorsitzender der Vereinten Fraktion VF, macht deutlich, dass die Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen wird, da kein Wille zum Sparen erkennbar ist. Die Fraktion teilt die Meinung der Stadt Zossen, dass der Haushalt in vielen Teilen rechtswidrig ist. Die Fraktion beantragt ebenfalls namentliche Abstimmung.

Herr Abg. Kühnapfel fragt die Fraktion DIE LINKE, wie konkret ihre Vorschläge zur Reduzierung der Aufwendungen - Reisekosten, Senkung der Aufwendungen für Bürobedarf - umgesetzt werden sollen. Er macht darauf aufmerksam, dass entsprechend der Kommunalverfassung in einem Haushaltssicherungskonzept der Zeitraum festzulegen ist, innerhalb dessen der Haushaltsausgleich wieder erreicht wird. Aus dem HASI ist kein Zeitraum erkennbar, in dem das realisiert werden soll. Ganz im Gegenteil – es ist abzusehen, dass der Kreis im Jahr 2014 nicht mehr arbeitsfähig sein wird.

Frau Abg. Wehlan macht nochmals deutlich, dass sich die Kritik ihrer Fraktion nur darauf richtet, wie die CDU mit einer Vorlage der Verwaltung umgeht, da sie Entscheidungen einfach an die Verwaltung zurückgibt und selbst keine Vorschläge unterbreitet, was gewollt ist.

**Frau Abg. Grassmann beantragt eine Unterbrechung der Sitzung, da es Unstimmigkeiten zum Abstimmungsprozedere gibt.**

**Der Kreistag tritt in eine kurze Pause.**

Nach der Pause erläutert Herr Abg. Hohlfeld nochmals, dass der HFA dem Kreistag die Abstimmung über die zwei Konsenspunkte empfiehlt und macht darauf aufmerksam, dass nach Beschluss die Konsenspunkte in den Änderungs- und Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD/Grüne, FDP/BV und DIE LINKE. (Kooperationsgemeinschaft) sowie in den Änderungs- und Ergänzungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion TF einzuarbeiten sind.

#### **Es erfolgt Abstimmung zu den Konsenspunkten:**

1. Überprüfung und mögliche Reduzierung der Verlustausgleichszahlungen für die kreiseigenen Gesellschaften SWFG und Flughafengesellschaft Schönhagen auf max. 1,0 Mio. € p. A. Hierzu werden Sanierungspläne erarbeitet und dem Kreistag in 2010 vorgelegt.
2. Überprüfung aller freiwilligen Leistungen auf Einsparungen ohne Leistungseinbußen.

**Die Konsenspunkte werden mit 1 Stimmenthaltung einstimmig angenommen.  
Es erfolgt die Aufnahme der Konsenspunkte in die vorliegenden Änderungsanträge der Kooperationsgemeinschaft und der CDU-Kreistagsfraktion TF.**

**Es erfolgt Abstimmung über den Ergänzungs- und Änderungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion TF zum Haushaltssicherungskonzept mit folgendem Wortlaut:**

**B. 6. Maßnahmenkatalog**

- Überprüfung aller Gebührensatzungen im Zuge der Einführung der KLR
- Aufbau eines Forderungsmanagements
- Reduzierung der Kosten der Unterkunft durch ein verbessertes kreisliches Controlling (150.000 €) und die verstärkte Nutzung von Wohngeld für den Personenkreis, der ergänzende Leistungen nach SGB II erhält (ca. 200.000 €)
- Im Bereich des Jugendamtes wird schwerpunktmäßig für die Pflichtaufgaben, insbesondere für das Produkt 36303 Hilfen zur Erziehung, das Berichtswesen sowie das Fach- und Finanzcontrolling ausgebaut.
- Informationen über die Hilfearten und –formen (stationär, ambulant, Fallkosten, Dauer des Hilfebezuges, Ursachen der Hilfen, Altersstruktur der Hilfeempfänger, soziales Umfeld, sozialräumliche Ressourcen) werden zum Ziel einer Umsteuerung genutzt. Dies schließt die Überprüfung der Angebote von Trägern auf ihre Passgenauigkeit ein.
- Umstrukturierung der SWFG und Konzentration auf für den Kreis wichtige Aufgaben, wie:
  - die Unterstützung der kleinen und mittelständischen Betriebe, Arbeitsmarktförderung, Breitbandversorgung und Fläming-Skate; Ziel ist es, die Zuführungen des Kreises an die SWFG nur auf diese Aufgabenfelder auszurichten und planmäßig in den Haushalt des Kreises einzustellen.
- Überprüfung und mögliche Reduzierung der Verlustausgleichszahlungen für die kreiseigenen Gesellschaften SWFG und Flughafengesellschaft Schönhagen auf max. 1,0 Mio. € p. A. Hierzu werden Sanierungspläne erarbeitet und dem Kreistag in 2010 vorgelegt.
- Neueinstellungen haben befristet zu erfolgen und vor Übernahme in das unbefristete Arbeitsverhältnis erfolgt nochmals eine genaue Prüfung
- externe Stellenausschreibungen haben nur Mangels an internen Besetzungsmöglichkeiten zu erfolgen
- Überprüfung aller Verträge mit allen Anbietern von Strom- und Gaslieferungen dahingehend, ob auf Grund der Vertragsdauer und der Kostenentwicklungen Ausschreibungen erfolgen müssen, um günstigere Preise und damit Einsparungen zu erzielen.
- drastische Umschuldung bzw. Abbau der Darlehen
- Überprüfung aller freiwilligen Leistungen auf Einsparungen ohne Leistungseinbußen
- Reduzierung der Aufwendungen für Aus- und Fortbildung um 20.000 €
- Reduzierung der Reisekosten um 20.000 €
- Überprüfung aller freiwilligen Aufgaben 100.000 €
- Reduzierung des Jährlichen Zuschusses für die Kreishochschule 43.000 €
- Reduzierung des jährlichen Zuschusses für das Schullandheim Dobbrikow 6.000 €
- Reduzierung des jährlichen Zuschusses für die Kreismusikschule 44.000 €
- Senkung der Aufwendungen für Bürobedarf 30.000 €
- Senkung der Aufwendungen für Post- und Fernmeldegebühren 20.000 €
- Einsparungen von Aufwendungen je Produktbereich um 20.000 €
- Wegfall von 9 Stellen ab Beginn der Freistellungsphase Altersteilzeit, Einsparung insgesamt ca. 340.600 €
- Reduzierung der Verwaltung und Personalkosten um mindestens 2,0 Mio. € p. A. [ a ]

- Absenkung der Gesamtfehlbeträge um weitere 3,0 Mio. € p. A. durch Konsolidierungsmaßnahmen. [ a ]

-----  
 [ a ] Ein Maßnahmenkatalog wird durch die Kreisverwaltung erarbeitet und bis September 2010 in den Kreistag eingebracht.

## C Konsolidierungsziel

### C. 1. Ausgleich

#### C.1.1. Grenzen der Haushaltssicherungsbestrebungen im Finanzplanungszeitraum

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass im Zuge der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise die Auswirkungen auf den Haushalt nur schwer abschätzbar sind. Fakt ist jedoch, dass sich durch die Schwächung des Wirtschaftswachstums das kommunale Steueraufkommen in den nächsten Jahren drastisch reduzieren wird und sich somit negativ auf die Kreisumlage auswirken wird. Die im Maßnahmenkatalog (B.6) dargestellten Haushaltssicherungsmaßnahmen sind bezüglich des Finanzvolumens noch nicht geeignet, die entstehenden Defizite in den nächsten Jahren zu beseitigen. Diese werden jedoch die Gesamtergebnisse per Anno spürbar verbessern. Ab 2015 sollen dann positive Ergebnisse im Haushalt ausgewiesen werden. Die stetig steigende Inanspruchnahme von Kassenkrediten, um eine ständige Liquidität zu gewährleisten, belastet den Ergebnishaushalt mit ebenso steigendem Zinsaufwand. Im Rahmen des Finanzausgleichgesetzes, auf Grund dessen der Landkreis für auf ihn übertragende Aufgaben allgemeine Schlüsselzuweisungen vom Land erhält, werden sich die Reduzierungen der Schlüsselzuweisungen durch vermindertes Steueraufkommen bzw. durch geringere Erträge aus dem Länderfinanzausgleich für das Land Brandenburg im Finanzplanungszeitraum im Haushalt auswirken und haben ebenfalls negativen Einfluss auf die bereits prognostizierten Fehlbeträge. Auch aus diesem Grund ist der Haushalt zu konsolidieren und ab 2015 soll die Einnahmesituation als obere Grenze für die Ausgabenplanung gelten.

**Der Ergänzungs- und Änderungsantrag der CDU-Fraktion wird bei 3 Stimmenthaltungen und wenigen Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.**

**Es erfolgt Abstimmung über den Ergänzungs- und Änderungsantrag der Fraktionen SPD/Grüne, FDP/BV und LINKE. zum Haushaltssicherungskonzept mit folgendem Wortlaut:**

#### B. 6. Maßnahmenkatalog

- Überprüfung aller Gebührensatzungen im Zuge der Einführung der KLAR
- Aufbau eines Forderungsmanagements
- Reduzierung der Kosten der Unterkunft durch ein verbessertes kreisliches Controlling (150.000 €) und die verstärkte Nutzung von Wohngeld für den Personenkreis, der ergänzende Leistungen nach SGB II erhält (ca. 200.000 €)
- Im Bereich des Jugendamtes wird schwerpunktmäßig für die Pflichtaufgaben, insbesondere für das Produkt 36303 Hilfen zur Erziehung, das Berichtswesen sowie das Fach- und Finanzcontrolling ausgebaut.  
 Informationen über die Hilfearten und -formen (stationär, ambulant, Fallkosten, Dauer des Hilfebezuges, Ursachen der Hilfen, Altersstruktur der Hilfeempfänger, soziales Umfeld, sozialräumliche Ressourcen) werden zum Ziel einer Umsteuerung

genutzt. Dies schließt die Überprüfung der Angebote von Trägern auf ihre Passgenauigkeit ein.

- Umstrukturierung der SWFG und Konzentration auf für den Kreis wichtige Aufgaben, wie:  
die Unterstützung der kleinen und mittelständischen Betriebe, Arbeitsmarktförderung, Breitbandversorgung und Fläming-Skate;  
Ziel ist es, die Zuführungen des Kreises an die SWFG nur auf diese Aufgabenfelder auszurichten und planmäßig in den Haushalt des Kreises einzustellen.
- Neueinstellungen haben befristet zu erfolgen und vor Übernahme in das unbefristete Arbeitsverhältnis erfolgt nochmals eine genaue Prüfung
- externe Stellenausschreibungen haben nur Mangels an internen Besetzungsmöglichkeiten zu erfolgen
- Überprüfung und mögliche Reduzierung der Verlustausgleichszahlungen für die kreiseigenen Gesellschaften SWFG und Flughafengesellschaft Schönhagen auf max. 1,0 Mio. € p. A. Hierzu werden Sanierungspläne erarbeitet und dem Kreistag in 2010 vorgelegt.
- Überprüfung aller Verträge mit allen Anbietern von Strom- und Gaslieferungen dahingehend, ob auf Grund der Vertragsdauer und der Kostenentwicklungen Ausschreibungen erfolgen müssen, um günstigere Preise und damit Einsparungen zu erzielen.
- drastische Umschuldung bzw. Abbau der Darlehen
- Überprüfung aller freiwilligen Leistungen auf Einsparungen ohne Leistungseinbußen
- Reduzierung der Aufwendungen für Aus- und Fortbildung um 20.000 €
- Reduzierung der Reisekosten um 20.000 €
- Senkung der Aufwendungen für Bürobedarf 30.000 €
- Senkung der Aufwendungen für Post- und Fernmeldegebühren 20.000 €
- Einsparungen von Aufwendungen je Produktbereich um 20.000 €
- Wegfall von 9 Stellen ab Beginn der Freistellungsphase Altersteilzeit, Einsparung insgesamt ca. 340.600 €

## C Konsolidierungsziel

### C. 1. Ausgleich

#### C.1.1. Grenzen der Haushaltssicherungsbestrebungen im Finanzplanungszeitraum

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass im Zuge der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise die Auswirkungen auf den Haushalt nur schwer abschätzbar sind. Fakt ist jedoch, dass sich durch die Schwächung des Wirtschaftswachstums das kommunale Steueraufkommen in den nächsten Jahren drastisch reduzieren wird und sich somit negativ auf die Kreisumlage auswirken wird. Die im Maßnahmenkatalog (B.6) dargestellten Haushaltssicherungsmaßnahmen sind bezüglich des Finanzvolumens noch nicht geeignet den entstehenden Defiziten in den nächsten Jahren spürbar entgegenzuwirken. Die stetig steigende Inanspruchnahme von Kassenkrediten, um eine ständige Liquidität zu gewährleisten, belastet den Ergebnishaushalt mit ebenso steigendem Zinsaufwand. Im Rahmen des Finanzausgleichgesetzes, auf Grund dessen der Landkreis für auf ihn übertragende Aufgaben allgemeine Schlüsselzuweisungen vom Land erhält, werden sich die Reduzierungen der Schlüsselzuweisungen durch vermindertes Steueraufkommen bzw. durch geringere Erträge aus dem Länderfinanzausgleich für das Land Brandenburg im Finanzplanungszeitraum im Haushalt auswirken und haben ebenfalls negativen Einfluss auf die bereits prognostizierten Fehlbeträge.

**Der Ergänzungs- und Änderungsantrag der Fraktionen SPD/Grüne, FDP/BV und LINKE. zum Haushaltssicherungskonzept wird bei 3 Stimmenthaltungen und wenigen Gegenstimmen mehrheitlich angenommen.**

### **Der Kreistag beschließt in namentlicher Abstimmung (Anlage):**

das Haushaltssicherungskonzept des Landkreises Teltow-Fläming als Bestandteil des Haushaltsplanes 2010 – einschließlich des Änderungsantrages der Fraktionen SPD/Grüne, FDP/BV und DIE LINKE.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	32
Nein-Stimmen:	12
Enthaltung:	4

### **TOP 7**

**Haushaltssatzung 2010**

**( 4-0539/10-I )**

### **Der Kreistag beschließt in namentlicher Abstimmung (Anlage):**

die Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2010 – einschließlich der Austauschblätter für den Haushaltsplan 2010 vom 28.05.2010.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	33
Nein-Stimmen:	12
Enthaltung:	3

### **TOP 8**

**Jugendförderplan 2010 des Landkreises Teltow-Fläming**

**( 4-0558/10-II-1 )**

### **Der Kreistag beschließt:**

den Jugendförderplan 2010 des Landkreises Teltow-Fläming.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Frau Abg. Böttcher bittet den Abgeordneten von Plan B zu prüfen, ob es tatsächlich so ist, dass mögliche Werbung für die NPD auf der Internetseite von Plan B gemacht wird.

Herr Abg. Noack teilt mit, dass ihm diese Information soeben durch den Landrat zur Kenntnis gegeben wurde. Er kann dazu keine Auskunft geben. Wie dieser Schriftzug auf die Seite kommt, wird nachgeprüft und wenn notwendig, Anzeige erstattet werden.

Luckenwalde, 7. März 2010

Maritta Böttcher  
amt. Vorsitzende